

Pressemitteilung

Sperrfrist: keine



Radentscheid Darmstadt, David Grünewald, Grafenstraße 17, Darmstadt

An
Pressevertreterinnen und Pressevertreter

Ihr Kontakt für Rückfragen:

David Grünewald
0151 22 82 35 53
david@radentscheid-darmstadt.de

Stephan Voeth
0179 9314049
stephan@radentscheid-darmstadt.de

Darmstadt, Donnerstag, 18. Oktober 2018

Radentscheid Darmstadt mahnt mangelhafte Aufarbeitung von tödlichem Unfallgeschehen an

DARMSTADT Die Bürgerinitiative Radentscheid Darmstadt hat heute mit einer Aktion an der Kreuzung Bismarckstraße/Kasinostraße auf die mangelhafte Aufarbeitung eines Unfalls mit tödlichem Ausgang für eine Radfaherin hingewiesen, der sich im November 2017 ereignete. David Grünewald, Initiator des Radentscheids Darmstadt sagte: „Seit einem Jahr drängen wir bei Stadtpolitik und -verwaltung auf eine dringend notwendige Umgestaltung der gefährlichen Kreuzung, ohne dass nennenswerte Fortschritte erzielt werden.“

Am Dienstag, 28. November 2017 war eine 38-jährige Radfaherin auf der Bismarckstraße unterwegs und wurde an der Kreuzung mit der Kasinostraße von einem rechts abbiegenden LKW erfasst. Sie verstarb daraufhin an ihren schweren Verletzungen.

An der Kreuzung warten Radfahrende auf der selben Höhe wie der Kraftverkehr auf grünes Ampellicht. Direkte Sichtbeziehungen werden dadurch erheblich erschwert, was insbesondere beim Rechtsabbiegen zu starken Gefährdungssituationen führt. Die Initiative Radentscheid fordert deshalb als Sofortmaßnahme, die Haltlinie für den Kraftverkehr um fünf Meter zurückzulegen und einen einen aufgeweiteten Radaufstellstreifen zu markieren. So können Radfahrende mit einem kurzen zeitlichen Vorsprung als Gruppe starten und die Kreuzung verlassen bevor nachfolgende Kraftfahrzeuge rechts abbiegen. Aufgeweitete Radaufstellstreifen entsprechen seit Jahren dem Stand der Technik, werden von der Stadt Darmstadt allerdings nicht flächendeckend und in ausreichender Größe markiert.

An der Kreuzung wurde bislang lediglich ein Trixi-Spiegel montiert. Dieser bietet allerdings nur eine indirekte Sicht aufwartende Radlerinnen und Radler. Einen Zeitvorsprung liefert dieser nicht.

„Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum eine verhältnismäßig leicht zu realisierende Maßnahme wie das Abmarkieren eines aufgeweiteten Radaufstellstreifens mit Verlegen der Induktionsschleife und Neuberechnung des Signalprogramms nicht umgesetzt wird“, so Grünewald abschließend.

Hintergrund

Der Radentscheid ist eine Initiative Darmstädter Bürgerinnen und Bürger. Die Gruppe führt eine politische Kampagne für sichere und bequeme Radwege im Alltagsverkehr.

Der Radentscheid sammelte über 11.282 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gemäß § 8b der Hessischen Gemeindeordnung. In der zweiten Stufe soll ein Bürgerentscheid folgen. Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist noch nicht abschließend entschieden.

Der Radentscheid wird von zahlreichen Einzelpersonen, Verbänden und Darmstädter Einzelhändlern als Sammelstellen unterstützt.

Der Radentscheid ist Teil einer bundesweiten Bewegung und hat Vorbilder in Berlin und Bamberg. Am 31. Januar 2018 hat der Stadtrat Bamberg die Ziele des Radentscheid Bamberg beschlossen. Am 28. Juni hat das Abgeordnetenhaus von Berlin ein Mobilitätsgesetz beschlossen, das die Ziele des Volksentscheid Fahrrad übernimmt.

Parallel laufen Bürgerbegehren in Frankfurt, Stuttgart und Kassel, Vorbereitungen in München, Hamburg, Tübingen, Bielefeld und weiteren Städten sowie landesweit als Volksinitiativen in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Homepage: radentscheid-darmstadt.de